

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden
Bundespost-Sammelnummer: 25241
Für die Nachgelieferung: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L., Marienstraße 58/59

Besonderheit bei Maßnahmen: Ausstellung monatlich 2,40 Mf. (einfachlich 20 Pf. für
Tüpfelchen), durch die Post 2,40 Mf. einfache 20 Pf. Postgebühr (ohne Verhältnisgebot),
Sammelnummer 10 Pf. Abrechnungspreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die ein-
wöchige 50 mm breite Seite 20 Pf., für aufwärts 40 Pf., Familienanzeige und Stellengesuch
eine Seite 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Heftamalgeme 300 Pf., außerhalb 250 Pf.
Offerungsliste 20 Pf. Zuständige Aufzüge gegen Herausforderung

Zust. u. Verlag: Meissig & Reichert,
Dresden, Poststraße 1069 Dresden
Postkredit nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Post). zulässig. Unterlängte
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

General v. Seeck's politisches Bekenntnis

Magdeburg, 18. August. Generaloberst a. D. v. Seeck, der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei für den Reichswahlkreis 10, Magdeburg-Anhalt, gab am Sonntag vor der Presse ausführliche Erklärungen ab über die Gründe, die ihn veranlaßt haben, in das parlamentarische Leben einzutreten. Seine Militärcarriere sei eng mit der Politik verbunden gewesen, und er sei mit vielen Persönlichkeiten des politischen Lebens zusammengekommen. Er habe alle Vorfälle in der Politik, besonders in der auswärtigen, aufmerksam verfolgt und unterhalte viele Beziehungen mit dem Auslande. Die Entwicklung der deutschen Politik könne ihn nur wenig beeindrucken. Die Aufforderung, in das politische Leben einzutreten, sei ihm gänzlich überraschend gekommen. Er habe aber geglaubt, dieser Aufforderung Folge leisten zu müssen. Wenn er sich der Deutschen Volkspartei anschließe, so sei er doch nicht etwa Parteipolitiker geworden. Er habe sich aber gefragt, daß auf dem Boden der Deutschen Volkspartei eine Möglichkeit für ihn bestehe, sich zu betätigen und seine Kräfte nutzbringend einzusetzen. Da er seine Grundlage von der Deutschen Volkspartei anerkannt sehe, koste ihn der Anschluß keinerlei Überwindung.

General v. Seeck führt ferner aus, daß es nach seiner Ansicht auf die Dauer unmöglich sei, ohne die Millionen der Arbeiter zu regieren. Die Arbeiterschaft verlange ihre volle Berücksichtigung und Vertretung. In der Sozialdemokratie sieht er, Seeck, die Möglichkeit, daß man die deutsche Arbeiterschaft zu einer staatsverhaltenden und nationalen Mitarbeit heranziehen könnte. Diese Hoffnung dürfe nicht aufgegeben werden. Vermöglich sei er Gegner der sozialen Regierung. Das gewisse Ding vorübergehend in die Hand des Staates genommen werden müssten, sei selbstverständlich. Untersuchung verschiedener Erwerbszweige durch den Staat, auch der Landwirtschaft, sei notwendig. An sich aber solle der Staat die Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten möglichst weit in die Hand lassen. Er solle ausgleichend wirken, aber nicht selbst Unternehmer sein. Ebenso falsch sei es, wenn der Staat die Landwirtschaft sozialisieren gedenke. Derartiges bedeute eine Ausschaltung des gesunden Wettbewerbs, eine unruhige Ausdehnung der Verantwortungslosigkeit und eine Hemmung der Unternehmungslust. In der Frage "Einheitsstaat oder heutiger Zustand" halte er an dem historisch Gewordenen fest. Die Entwicklung gehe jedoch dahin, daß die kleinen von den größeren Staaten allmählich aufgesogen würden. Die Anziehungskraft des großen Preußen auf die kleinen Gebilde werde sich auswirken. In der Entwicklung Preußens sehe er die Zukunft. Die Kleinstaaten, die bei der Schaffung der neuen Verfassung aufrechterhalten worden sei, sei gewiß nicht vorteilhaft. Aber von größerem Nachteil sei es, wenn versucht würde, eine gewaltsame theoretische neue Ordnung einzutreten zu lassen. Es gebe viele Wege, die zu einer Vereinheitlichung der Verwaltung führen könnten.

Dr. Brünning Spitzenkandidat in Sachsen

Die Zentrumspartei hat für die drei sächsischen Wahlkreise einen einheitlichen Wahlvorschlag aufgestellt, dessen Spitzenkandidat der Reichskanzler Dr. Brünning übernommen hat. Die in Sachsen abgegebenen Zentrumsstimmen kommen dem Reichswahlvorschlag der Deutschen Zentrumspartei zugute.

Die Räumigung im Ruhrbergbau ist erfolgt

Essen, 18. August. Das Schreiben des Bergbauvereins, in dem die Vornordnung vom 22. April 1929 zum 30. September gefundene wird, ist heute bei den Bergarbeitergewerkschaften eingegangen. Wegen des Verhandlungstermins wird sich der Bergbauverein in den nächsten Tagen mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen. In fast allen Städten des Ruhrgebiets fanden gestern Versammlungen des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter statt, in denen gegen die Räumigung des Wohnabkommen in Iserlohn protestiert wurde. Nach Anzahl der Referenten dürfe eine Tarifverschlechterung bei der gegenwärtigen Lage der Bergarbeiterchaft nicht zuviel hingenommen werden, sondern der Versuch einer Lohnkürzung würde nur schwere soziale Kämpfe auslösen.

Der Abbau in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 18. August. In der Frage des Angestelltenabbaus in der Berliner Metallindustrie hat der Arbeitgeberverband dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt. Die Angestelltenverbände haben erklärt, daß sie trotz Bedenken bereit seien, dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums zu folgen. Sie hätten jedoch, daß vor Beginn der betrieblichen Verhandlungen nochmals im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifparteien über die Grundlagen der abzuschließenden Vereinbarungen verhandelt würde. Daraufhin hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu neuen Verhandlungen auf Dienstag, den 19. August 1930, eingeladen.

Ein Kaiser-Franz-Joseph-Denkmal in Innsbruck

Innsbruck, 18. Aug. In Innsbruck wurde am Sonntag aus Anlaß der Feier des 100. Geburtstages Kaiser Franz Josephs ein Denkmal des alten Kaisers enthüllt, das vom Verband der Tiroler Kaiserjäger gestiftet wurde. An der Feier nahmen Mitglieder des Hauses Habsburg sowie zahlreiche Generäle und andere Offiziere der alten Armee teil.

Stürzendes Dachgesims erschlägt drei Personen

Bozen, 18. August. Beim Neubau eines dreistöckigen Hauses in Bozen löste sich plötzlich das Dachgesims los und stürzte auf das Dachgesims, das dadurch niedergerissen wurde. Drei Arbeiter, die sich auf dem Gerüst befanden, stürzten in die Tiefe und wurden von den Schuttmassen erschlagen.

Mißglückte Organisierung des Friedens

"Daily Telegraph" über Briands Pan-Europa-Plan

London, 18. August. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt: Es erregt einige Aufmerksamkeit, daß der rumänische Außenminister Grandt und der rumänische Gesandte in London, Titulescu, der rumänische Hauptdelegierter beim Völkerbund ist, gleichzeitig in Rom eingetragen. Beide Staatsmänner werden im nächsten Monat der Völkerbundversammlung beitreten, wo Briands Pan-Europa-Plan und die beantragte Neugründung des Völkerbundsekretariats erörtert werden wird. Uebrigens gilt es auch als möglich, daß Titulescu in diesem Jahre in Genf den Vorsitz führen wird. Der Korrespondent führt weiter aus:

Es ist jetzt deutlich geworden, daß Briands Vorschlag keineswegs der internationalen Friednung dient, sondern ein wahrer Januskopf zu werden droht, wenn er nicht schließlich begraben wird.

Dies ist auf die bedauerliche Erklärung des französischen Staatsmannes zurückzuführen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit einer vorherigen politischen Abmachung unterordnet werden muß, was für Frankreich und seine Alliierten die endgültige Festlegung der in den Friedensverträgen festgelegten Grenzen bedeutet. Dies hat lediglich den Erfolg gebracht, deutsche Minister, wie Herr Trebitsch, und die deutsche öffentliche Meinung im allgemeinen zu der Forderung einer baldigen Revision der deutschen Ostgrenzen zu veranlassen. Somit tritt in den Vordergrund der intereuropäischen Erörterungen eine schwierige Streitfrage, die zwar früher oder später ans Tapet kommen möchte, die man aber besser noch keine Weile hätte ruhen lassen. Es ist nicht das erstmal, daß zuletzt Gerüchte über "die Organisierung des Friedens" lediglich zu internationalem Streit geführt hat.

Ein Franzose für Rückgabe Danzigs

Paris, 18. August. Mit der Frage des Danziger Korridors beschäftigt sich in der "Volonté" der Schriftsteller Ernest Judet. Er schreibt über den Wert von Gdingen: Wenn Polen sich nicht vorwiegend von militärischen Erwägungen leiten ließe, täte es gut daran, sich nach den Erfahrungen anderer umzusehen; daß System, mit dem die Tschechoslowakei sich begnügt und bei dem sie sich wohlbefindet, indem sie den

ihre zugelassenen Freibächen in den Hamburger Gewässern benutzt, würde uns von einer politischen Lage befreien, die weder den wahren Verhältnissen noch unseren Interessen entspricht. Das ist eine Mahnung, die das zweite Memorandum Briands sicher nicht unbeachtet lassen wird. Nach dem Westlocarno muß man den Preis für das Ostlocarno erlegen.

v. Hoech zu Befreiungen nach Berlin gerufen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. August. Der deutsche Botschafter in Paris v. Hoech wird demnächst in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius vorbereitende Befreiungen über die bevorstehende Völkerbundversammlung zu haben.

Die Reformprogramme

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Aug. Auf der Tagesordnung der für morgen angesetzten Kabinettssitzung stehen verschiedene Reformprogramme, vor allen Dingen das der Finanz- und der Wahlreform. Die Finanzreform soll schon für das nächste Jahr wirksam werden. Die Frage der Wahlreform befindet sich noch im Anfangsstadium der Erörterungen, wobei die gestrige Neuerung des Reichsinnenministers Dr. Birn in Görlich zu erkennen ist, derzu folge an einer Herabsetzung des Wahlalters nicht zu denken sei.

Haltlose Gerüchte um Hindenburg

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. August. Immer wieder tauchen, insbesondere in der Linkspresse, Meldungen auf, die das offensichtliche Ziel verfolgen, den Reichspräsidenten in parteipolitische Angelegenheiten hinzuziehen. So wird neuerdings behauptet, es würde demnächst beim Reichspräsidenten eine Befreiung mit dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, stattfinden. Am zuständiger Stelle wird diese Meldung als in allen Teilen unzutreffend bezeichnet und erneut darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident sich jeder Einmischung in die Parteipolitik grundsätzlich fernhält.

Vom serbischen Geheimdienst verschleppt

zwischenfall auf einer Tagung in Brüssel

Berlin, 18. Aug. Der diesjährige Kongreß des Internationalen Studentenbundes, der vor wenigen Tagen in Brüssel seinen Anfang nahm, scheint reich an sensationellen Zwischenfällen zu werden. Seit Sonnabend früh ist Dr. med. Jellie, der Assistenzarzt an einer Wiener Klinik ist, und der von dem Präsidenten des Internationalen Studentenbundes ausdrücklich als Vertreter des kroatischen Nationalverbandes der Studenten zur Teilnahme des Kongresses geladen war, verschwunden. Außerdem wird seit Sonnabend früh der Sekretär der jugoslawischen Studentenvereinigung im Auslande (Sj. Paris) Koraloff vermisst.

Man nimmt an, daß das geheimnisvolle Verschwinden Jellies auf die Tätigkeit des Belgrader Geheimdienstes zurückzuführen ist.

Dr. Jellie ist den serbischen Behörden als kroatischer Nationalist seit langem verhaft. Bereits mehrfach wurde seine Auslieferung bei den österreichischen Behörden verlangt, aber verwiesen. Schon unmittelbar nach seinem Eintreffen in Brüssel wurden von der Polizei mehrfach Durchsuchungen in dem Hotelzimmer vorgenommen, in dem Dr. Jellie wohnte. Es scheint festzustehen, daß man dem kroatischen Führer serbische Geheimagenten nachgesandt hatte. Dr. Jellie hat lediglich einem Freund die flüchtige Nachricht hinterlassen, daß er in Not sei. An denselben Freund wurde in der Nacht zum Sonntag ein Telegramm gerichtet, wonach Jellie unter peinlichsten und schwierigsten Verhältnissen Lettich erreicht habe. Nachforschungen, die von seinen Freunden angestellt wurden, haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

Es steht zu befürchten, daß Dr. Jellie das Opfer des serbischen Geheimdienstes geworden ist, der ihn unbedingt aus Brüssel verschwinden lassen wollte, da für Montag die kroatische Frage auf die Tagesordnung gestellt ist.

Die Sturmflut an der Unterelbe

Hamburg, 18. Aug. Das Unterelbegebiet ist von groben Überschwemmungen heimgesucht. Alle Außendichländerseen von Stederland bis nach Freiburg stehen unter Wasser. Das auf den Feldern noch liegende Getreide ist, soweit es nicht mit dem Wasser abgetrieben ist, durch das Schlickwasser wertlos geworden. In den Niederkünften des Unterlandes ist der Wasserstand weiter gestiegen. Weite Flächen sind bereits überflutet. Überall hat das Vieh eilig von den Weiden gekommen werden müssen. Auch die obere Elbe und ihre Nebenflüsse sind in starrem Steigen begriffen und haben Biesen und Wälder unter Wasser gesetzt. Velder hat die Sturmflut auch ein Todesopfer gefordert. Der Väcker des Dorfs auf der Wittenberger Landungsbrücke ließ sich, da die Brücke unter Wasser stand, vom Brückenwärter mit einem

Boot vom Land holen. Infolge des hohen Wellenganges auf der Elbe schwang das Boot voll Wasser. Der Brückenwärter konnte schwimmend eine Bade erreichen, von der er später durch hinzueilende Boote gerettet wurde. Der Brückenwärter ertrank.

Schweres Autounglück bei Karlsbad

Karlsbad, 18. August. Ein mit 22 Arbeitern besetzter Lastkraftwagen fuhr am Sonntagmorgen in der Nähe des Ortes Alsterle in einen Stromengraben und stieß dann gegen einen Baum. Durch den Anprall wurden die Insassen aus dem Wagen geschleudert. Zwei von ihnen waren auf der Stelle tot. Sechs, von denen zwei in Lebensgefahr schweben, wurden schwer verletzt ins Karlsbader Krankenhaus eingeliefert. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß der Chauffeur eine Kurve in zu raschem Tempo zu nehmen versuchte.

Unfälle in den Alpen

Innsbruck, 18. August. In Vorarlberg ist im Samperdonatal eine Frau Fühne aus Berlin-Steglitz auf dem Wege zum Amatisschlößl ausgelaufen und eine Böschung hinabgestürzt. Die ungenagten Schuhe waren ihr zum Verhängnis geworden.

Ein anderes Unglück wird in den Allgäuer Alpen vermutet. Vor einigen Tagen ist hier eine vierköpfige Touristengruppe von der Berliner Hütte nach der Greizer Hütte aufgegangen, aber dort nicht angekommen. Es handelt sich um einen Professor aus Graz, dessen Name noch nicht bekannt ist, und die Brüder Walther und Heinz Hoffmann aus Kassel und um einen Bergführer. Es wurde eine Hilfsexpedition ausgerüstet.

Die nach dem vermissten Ungar Nagyán ausgeschickte Rettungsexpedition ist nach drei Tagen wieder ergebnislos zurückgekehrt.

Lemberg ohne Telefon

Warschau, 18. August. In der Nacht zum Sonntag wurde ein geheimnisvoller Anschlag auf die Stadt Lemberg verübt. Kurz nach Mitternacht war die Stadt plötzlich von der Umwall abgeschlossen, da alle telephonischen und telegraphischen Kabel durchtrennt waren. Auch die Leitungen zu den Zugsignalen waren zerstört, so daß die Bahn nach Brunn, Bukare, Warschau u. v. ohne Meldung in Lemberg eintrafen. Die Polizei ist den Tätern noch nicht auf die Spur gekommen, verhaftete aber 21 Mitglieder der ukrainischen Militärgesellschaft, auf welche dieser Anschlag zurückgeführt wird.

Achtzehn Personen von einem tollwütigen Hund gebissen. In Niżna hat ein tollwütiger Hund 18 Bürger gebissen; sie wurden ins Hospital eingeliefert.